Kösliner Volksblatt

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg. — Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postscheck-Konto Danzig Nr. 1989

vorm. Fürstentumer Zeitung

General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preiserhöhung

Nr. 4. | Sonntag, den 5. Januar 1919. | 17. Jahrgang

Verbundene Wahlvorschläge.

Von Dr. Johannes.

Der große Vorzug des für die Nationalversammlung vorgeschriebenen Systems der Verhältniswahl im Gegensatz zur früheren Mehrheitswahl beruht in dem besseren Schutz, der den Minderheiten gegeben wird. Es kann nicht mehr wie früher die Mehrheit ihre Gegner vollständig mundtot machen. Irrig wäre es aber anzunehmen, daß unter dem neuen System eine jede Minderheitsgruppe genau die ihrer Größe entsprechende Berücksichtigung finden müßte. Dies ist schon deshalb unmöglich, weil die Abgeordnetensitze sich nicht halbieren und vierteilen lassen. Auch unter dem neuen System werden daher viele Stimmen wirkungslos ausfallen.

Beispielsweise mögen in einem Wahlkreise elf Abgeordnete zu wählen und eine Million Stimmen abgegeben worden sein, von denen auf den ersten Wahlvorschlag 550 000, auf den zweiten Vorschlag 150 000, auf den dritten Vorschlag 280 000 und auf den vierten Vorschlag zwanzigtausend entfallen. Nach der in der „Wahlordnung" vorgeschlagenen Berechnungsweise würden dann auf den ersten Vorschlag 7 Abgeordnetensitze, auf den zweiten Vorschlag ein Sitz und auf den dritten Vorschlag drei Sitze entfallen, während der vierte Vorschlag trotz der für ihn abgegebenen 20 000 Stimmen leer ausgehen würde.

Es haben also zersplitterte Minderheiten keine Aussicht, Berücksichtigung zu finden. Aber auch größere Minderheiten sind der Gefahr ausgesetzt, nicht nach dem wahren Verhältnis zur Geltung zu kommen.

Um den Parteien die Möglichkeit zu geben, sich hiergegen tunlichst zu schützen, ist zugelassen, daß mehrere Wahlvorschläge auf Grund einer dem Wahlkommissar abzugebenden gemeinschaftlichen Erklärung „verbunden" werden. Sie werden dann für die Verteilung der Abgeordnetensitze zunächst als Einheit gerechnet und die auf sie insgesamt entfallende Zahl von Sitzen wird demnächst unter sie unterverteilt.

Wird angenommen, daß die in dem angeführten Beispiel genannten Wahlvorschläge 2, 3 und 4 verbunden worden sind, so ändert sich das Berechnungsergebnis dahin, daß auf den ersten Vorschlag nur drei, auf die verbundenen Vorschläge aber fünf Sitze entfallen. Diese fünf Sitze verteilen sich wiederum derart, daß der zweite Vorschlag zwei und der dritte Vorschlag drei Sitze erhält. Der zweite Vorschlag gewinnt also einen Sitz. Der vierte Vorschlag bleibt auch hier ohne solchen. Die für ihn abgegebenen Stimmen haben aber doch wenigstens dazu beigetragen, dem gemeinsamen Gegner einen Sitz abzunehmen und eine näherstehende Partei zu stärken.

Auch wenn einer Mehrheit nur zwei größere Minderheiten gegenüberstehen, tritt der Fall ein, daß die Minderheiten durch Verbindung der Wahlvorschläge ihre Stellung wesentlich verbessern können.

Wenn zum Beispiel in einem Wahlkreis, der zehn Abgeordnete zu wählen hat, für den ersten Wahlvorschlag 260 000, für den zweiten 215 000 und für einen dritten 525 000 Stimmen abgegeben worden sind, so erhalten der erste und der zweite Vorschlag je 2 und der dritte sechs Sitze, falls der erste und der zweite Vorschlag nicht verbunden werden. Im Falle ihrer Verbindung fallen dem dritten Vorschlag aber nur fünf Sitze zu, während der erste und der zweite Vorschlag zusammen die gleiche Zahl davon tragen, welche sie dann untereinander derart teilen, daß der erste Vorschlag drei erhält.

Aller Voraussicht nach werden die sozialdemokratischen Parteien sich das Hilfsmittel der Verbindung der Vorschläge zunutze machen. In der „Freiheit" sind die Unabhängigen lebhaft dafür eingetreten mit dem Hinweis, daß dadurch den Bürgerlichen 74 ihnen sonst zufallende Sitze entrissen werden könnten. Die Mehrheitssozialisten haben sich hierzu im „Vorwärts" sehr entgegenkommend geäußert. Dies ist ein zwingender Grund, warum die Bürgerlichen ihrerseits nicht zurückstehen dürfen. Auch sie müssen gegenüber dem geeinten Gegner die Reihen schließen und eine Einheitsfront bilden. Die Verschiedenheit der Parteiprogramme darf kein Hindernis bilden. Es steht ja überdies nichts entgegen, daß die bürgerlichen Parteien untereinander nach wie vor um den Vorrang ringen und die einzelnen Wähler für ihre besonderen Grundsätze und Ideale zu gewinnen suchen. Denn im Gegensatz zu den Stichwahlkompromissen des alten Systems verlangt die Verbindung der Wahlvorschläge keinerlei Verleugnung der eigenen Parteirichtung.

* * *

Clemenceau und Wilson.

Von maßgebender Seite wird einem Vertreter der „Telegraphen-Union" folgendes mitgeteilt: Die Gegensätze, die sich seit der Anwesenheit des Präsidenten Wilson in Europa zwischen ihm und dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau ergeben haben, werden mit jedem Tage auffälliger und haben bereits in der deutschen Oeffentlichkeit sowohl, wie im gesamten neutralen Ausland berechtigtes Aufsehen erregt. Es ist notwendig, sich zum Verständnis der Lage in diese Gegensätze etwas eingehender zu vertiefen. Clemenceau will sich, wie er selbst sagte, auf die Kriegsziele im Einzelnen nicht festlegen. Bemerkenswert ist der Satz seiner letzten Kammerrede: „Ich bin nicht gewillt, französische Forderungen aufzugeben, weil es solche Dinge gibt, die ich im höheren Interesse vielleicht werde opfern müssen." Clemenceau trägt sich allem Anschein nach mit der Hoffnung, Wilsons Auffassung vom Frieden in eine Perspektive zu lenken, die den französischen Interessen entspricht. Er mag in diesem Bestreben vielleicht an England denken, dem es ja schließlich auch gelungen ist, Wilson in der Frage der Freiheit der Meere zum Nachgeben zu bewegen. Dabei klammert sich Clemenceau im Gegensatz zu Wilson mit aller Kraft an die bisherigen Mächtekoalition. Das beweisen auch seine Worte: „Amerika ist weit, es hat Zeit gebraucht, einzugreifen, während England in erster Stunde erschienen ist." Im übrigen verhält sich Clemenceau zu der notwendigen Neuordnung der Welt skeptisch in höchstem Maße. Auch das beweisen seine eigenen Worte: „Es gibt ein altes System, das heute verwaist erscheint, dem ich aber, wie ich mich nicht fürchte, offen zu bekennen, treu bleiben will. Mein leitender Gedanke liegt in diesem System der Bündnisse, auf das ich nicht verzichte, wie ich hiermit ganz klar ausspreche." Clemenceau vertritt ganz offen den Gedanken, daß er an eine Lösung des Bündnisses zwischen Amerika, England, Frankreich und Italien nicht denkt.

Demgegenüber müssen die Aeußerungen Wilsons Aufsehen erregen, besonders sein freimütiges Bekenntnis, daß er in seiner Rede an den Lordmayor von London ableate. Man wird gut tun, diese Worte im Gedächtnis zu behalten. Wilson sagte: „Ich habe großes Interesse daran genommen, zu beobachten, wie von allen Seiten, von allen Intelligenzen und Unterrichteten die Suggestion ausgeht, daß von jetzt ab nicht ein Gleichgewicht der Gewaltigen, nicht eine Mächtegruppierung von einander gegenüberstehenden Nationen da sein sollte, sondern eine einzige, mächtige vorherrschende Liga der Nationen, die die Hüterin des Weltfriedens sein sollte. Bei meinen Konferenzen mit den Leitern Ihrer Regierung ist es mir sehr angenehm gewesen, festzustellen, daß unsere Ideen dieselbe Richtung halten und daß unsere Idee immer die war, daß der Schlüssel des Friedens die Garantie des Friedens darstellen soll, und nicht seine Einzelheiten. Daß vielmehr diese Einzelheiten keinen Wert haben, wenn hinter ihnen nicht das dauernde Konzert tend aus der Bemerkung Wilsons, daß er von dem brennenden Wunsche beseelt sei, sich an die Arbeit der Neuordnung der Welt zu machen. Clemenceau hat als Antwort darauf in seiner Kammerrede nur verraten, daß er an dem alten System festhalten und den Forderungen Wilsons nicht nachgeben wolle.

* * *

Oberschlesien.

Die „Deutsche Tageszeitung schreibt:

Nach allen Anzeichen, die über die polnische Grenze dringen, bereiten die Polen einen Einfall in Oberschlesien vor. Ob ihnen für eine dauernde Besetzung genügende Truppen zur Verfügung stehen, läßt sich selbstverständlich nicht ohne weiteres sagen, immerhin ist die Tatsache bekannt, daß reguläre Legionäre in beträchtlicher Zahl vorhanden sind, vorläufig unter dem Vorwande, die bolschewistische Rote Garde zu entwaffnen und die zahlreich vorhandenen Waffen und Handgranaten zu beschlagnahmen. Da bisher der deutsche Grenzschutz, besonders soweit er aus auf 10tägiger Kündigung angestellten Freiwilligen bestand, die vielfach im Heimatschutzdienste eine Versorgung, aber keine Verpflichtung sahen, nur eine sehr ungenügende Sicherung bot, was den Polen natürlich bekannt war, so lag hierin geradezu eine Verlockung für sie, einzumarschieren. Der äußere Anlaß dazu wird, wenn es dazu kommt, von der polnischen Regierung gerade im deutschen Grenzschutz gefunden werden. Großpolnische Blätter sagen dies ja heute bereits ganz offen, wie z. B. die Graudenzer „Gazeta Grudziadska" vom 30. Dezember, die sich darüber entrüstet, daß die Deutschen, anstatt ihre Heere aus Posen und Schlesien, diesen Teilen (?) des Königreichs Polen, herauszuziehen, immer neue Truppen hierher entsenden und damit ihre Absicht bekunden, diese Teile dem Königreich Polen noch vor dem Friedenskongreß gewaltsam zu entreißen! Das Graudenzer Blatt fordert gegen diese „Vergewaltigung" militärischen Schutz von der Entente. Aehnliche Aeußerungen werden auch in Oberschlesien von großpolnischer Seite täglich laut. Seit einigen Tagen wird an sie regelmäßig der Satz geknüpft, daß es ja „Gott sei dank nicht mehr lange so gehen werde". Diese Andeutung ist eine sehr unverblümte Anspielung auf den polnischen Einfall in Oberschlesien, von dem heute bereits ziemlich offen in polnischen Kreisen als von einer bereits festbeschlossenen Tatsache gesprochen wird. Zwar erklären zwischendurch auch einmal großpolnische Blätter, daß an einen solchen Einfall schon deshalb nicht von polnischer Seite gedacht würde, „weil Oberschlesien ja schon in wenigen Wochen ohne Schwertstreich an Polen fallen würde", aber diese großspurige Versicherung ist offenbar nur darauf gemünzt, die verantwortlichen Stellen in Deutschland in Sicherheit zu lullen. Wie es in Wahrheit gemacht wird, haben wir ja soeben erst zu unserem Schaden in Posen sehen müssen. Tatsächlich liegen die Verhältnisse so, daß von polnischen Politikern (nomina sunt odiosa), die es selbst am besten wissen müssen, heute offen zugestanden wird, daß die Entente den Polen keinerlei Zusicherungen bezüglich Oberschlesiens gemacht hat, und daß deshalb die Enttäuschung bei den Polen ziemlich groß ist. an Einfluß gewinnenden oberschlesischen Abwehrbewegung gegen den polnischen Annexionismus, die keineswegs als „Hakatismus" bezeichnet werden kann, da ihr auch die polnisch sprechenden katholischen Oberschlesier in Scharen zuströmen. Besonders die aus dem Felde zurückgekehrten Soldaten machen energisch gegen das Großpolentum Front. Dieses sieht daher immer mehr, daß auch bei einer wirklichen Volksabstimmung seine Aktien sehr flau stehen würden. Da nun aber das reiche oberschlesische Industriegebiet von den großpolnischen Machtpolitikern für unumgänglich notwendig zum Glücke des zukünftigen Polens erachtet wird, so will man eben jetzt versuchen, durch einen Gewaltstreich ein fait accompli zu schaffen, gegen welches, wie man hofft, die Entente nachher nichts einzuwenden haben wird.

Deshalb ist wohl mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß die Polen, wenn es ihnen irgend möglich ist, einen militärischen Einfall in Oberschlesien unternehmen werden. Es ist nicht undenkbar, daß sie die an Bolschewismus grenzenden Zustände im oberschlesischen Bergbaugebiete, die offensichtlich auch von polnischen Agenten geschürt werden, als Vorwand für einen solchen Einfall benutzen werden, um „Ordnung zu schaffen".

Die Regierung sollte an ihrem Teile alles tun, um den Polen wenigstens diesen Vorwand zu nehmen, um uns die Schmach zu ersparen, daß Polen davon reden dürfen, sie kämen, um in Deutschland Ordnung zu schaffen. Nicht nur vom wirtschaftlichen, sondern auch vom außenpolitischen Standpunkte aus ist es daher eine unbedingte Notwendigkeit, daß der Bolschewismus im oberschlesischen Grubengebiete rasch und gründlichst unterdrückt wird.

Das Erlöschen des Streiks in Oberschlesien. Der Streik in Oberschlesien ist erloschen. In der Cleophasgrube ist alles bis auf 175 Mann eingefahren, nachdem Verhandlungen zwischen der Bergwerksleitung und der Belegschaft stattgefunden hatten. In der Dubensko-Grube ist das Gros der Belegschaft nach Verhandlungen zwischen der Belegschaft und den Beamten eingefahren.

Blutiger Krawall in Königshütte. Wie der „Oberschlesische Kurier" meldet, kam es in Königshütte am Freitag nachmittag 7 Uhr vor den Gebäuden der Berginspektion zu einem Zusammenstoß zwischen streikenden Bergarbeitern und Militär. Im Gebäude der Berginspektion war ein Maschinengewehr aufgestellt. Als einige ganz junge Burschen den Zaun übersteigen und anscheinend die Wache angreifen wollten, wurden aus dem Maschinengewehr zunächst Alarmschüsse abgegeben. Ein junger Bursche wollte mit seinem Revolver auf das Fenster schießen, aus dem das Maschinengewehr hervorlugte, worauf die Wache mit Maschinengewehrfeuer antwortete. Zahlreiche Personen der unten angesammelten Menge wurden getroffen. Bisher wurden 20 Tote und eine Menge Verwundeter festgestellt.

Rundschau.

a. **Die neue Kriegsgefahr.** Entsprechend unserer gestrigen Meldung, daß außer Radek noch eine andere maßgebende Persönlichkeit der russischen Regierung in Berlin weilt, können wir heute mitteilen, daß der frühere infolge unserer Enthüllungen über seine bolschewistischen Umtriebe aus Berlin ausgewiesene russische Botschafter Joffe wieder in der Reichshauptstadt eingetroffen ist, und zwar selbstverständlich ebenso wie Radek ohne Erlaubnis der deutschen Regierung, die sogar ausdrücklich erklärt hat, daß sie den Aufenthalt russischer Regierungsvertreter in Deutschland nicht wünsche. In der Wilhelmstraße herrscht jetzt natürlich große Bestürzung, umsomehr, als man im Besitz einer Erklärung der Verbandsmächte gegen jede bolschewistische Einmischung in deutsche Angelegenheiten ist. Wie wir weiter erfahren, haben sich die Dinge seit gestern abend tatsächlich so zugespitzt, daß man von einer neuen Kriegsgefahr sprechen kann, bei der Deutschland zum Kriegsschauplatz ausersehen worden ist. Nicht nur ist täglich ein feindlicher Einmarsch von allen Fronten her zu erwarten, sondern auch die sofortige Besetzung Berlins durch eine starke feindliche Polizeitruppe. In Verbindung mit der jetzt festgestellten Anwesenheit Joffes sieht man in der Wilhelmstraße aber ganz besonders sorgenvoll dem heutigen Tage entgegen, der schon vor längerer Zeit vom Spartakus-Bunde offen für den Sturz der jetzigen Regierung bestimmt worden ist. Aus diesem Grunde hat man entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen, und das Berliner Polizei-Präsidium hat gestern ein Verbot des Waffentragens erlassen, an dessen Mißerfolg allerdings nicht zu zweifeln ist, da sich die Polizei unter ihrem Chef Eichhorn bereits ganz in spartakistischen Händen befindet.

Zum Aufenthalt Radeks in Berlin. Aus dem Haag erfahren geworfen wird, welche Mittel der deutschen Regierung noch zur Abwehr des Bolschewismus zur Verfügung stehen. Falls es Deutschland nicht gelingt, den Bolschewismus fernzuhalten, und falls es nicht binnen kurzer Zeit definitiv mit der Sowjetrepublik bricht, werden die Ententeländer, besonders die Vereinigten Staaten, die schärfste Blockade gegen Deutschland aufrechterhalten und Deutschland ebenso unter Quarantäne halten, wie sie es bereits mit Rußland tun.

Diese Meldung aus dem Haag legt die dringende Frage näher, was die deutsche Regierung gegen Karl Radek tun wird, der auf falschem Paß eingereist und ohne weiteres auszuweisen ist. Der Berliner Polizeipräsident Eichhorn gehört zu den Männern, die im Namen des Volkes am energischsten nach Frieden und Brot gerufen haben. Er wird nunmehr zu beweisen haben, ob er damit nur seinem agitatorischen Bedürfnis als Leiter der Rosta gedient hat, oder ob er diesen Ruf als eigenes Ideal ernst genommen hat. In diesem Falle dürfte es für ihn kein Zögern geben, den Beweis dafür durch die Tat zu erbringen, indem er Radek, den Friedensstörer, den Mann der durch seine bloße Anwesenheit die Versorgung Deutschlaneds mit Lebensmitteln gefährdet, über die Grenze schafft.

Die Reichsregierung gegen Radek. Aus Anlaß des unbefugten Eindringens von Radek und Genossen nach Deutschland hat die deutsche Regierung folgenden Funkspruch nach Moskau gerichtet: Vor einigen Tagen ist Karl Radek, der Chef der russischen Propaganda, nebst einigen Genossen unter Umgehung der Grenzkontrolle in Berlin eingetroffen. Er ist in einer Versammlung für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Entente eingetreten. Radek und seine Genossen werden die Folgen ihres unerlaubten Schrittes zu tragen haben. Die deutsche Regierung aber sieht sich genötigt, gegen das Eindringen der russischen Vertreter nachdrücklichst Einspruch zu erheben. Das Verhalten Radeks wird sie darin bestärken, der Zulassung von Vertretern der russischen Sowjet-Regierung auch fernerhin Widerstand zu leisten.

Ferner hat sie Oberost und dem Zentralrat der Ostfront sowie sämtlichen Soldatenräten im Osten folgendes Telegramm zugehen lassen: Der bekannte Chef der russischen bolschewistischen Propaganda und bolschewistische Agitator Radek ist vor einigen Tagen nebst einigen anderen bolschewistischen Vertretern in Berlin eingetroffen und hat hier in einer Versammlung der Spartakuspartei öffentlich für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Krieges gegen die Entente gemeinsam mit den Bolschewisten gesprochen. Die russischen Vertreter haben es augenscheinlich verstanden, sich der Grenzkontrolle in unbefugter Weise zu entziehen. Wir bitten, zu untersuchen, wie dies möglich gewesen ist, und ersuchen, mit allen Kräften darauf bedacht zu sein, daß der Grenzschutz auch in dieser Beziehung nicht nachläßt, und daß alles dazu getan wird, um das Eindringen der Anarchie nach Deutschland zu verhindern.

Die deutsche Regierung hat also die Gefahr, die aus dem Eindringen russischer Bolschewisten für die Ruhe und Ordnung [illegible] beigetragen haben, bei der Radeks Aufenthalt in Berlin großes Befremden erregt hat, und die mit schärfster Blockade droht, falls Deutschland nicht baldigst die Beziehungen zur Sowjet-Regierung abbricht. Es fragt sich jetzt: Wird die Regierung es bei Worten bewenden lassen, oder wird sie auch zu Taten schreiten? Denn daß der Hetzer Radek aus Berlin ausgewiesen und schleunigst über die Grenze gebracht ist, davon verlautet leider noch nichts.

Die Entente und der deutsche Bolschewismus. „Hollandsch Nieuwsbureau" meldet aus London: Laut einer Mitteilung an „Politiken" haben die Alliierten im Hinblick auf die Entwickelung der Lage in Deutschland der deutschen Regierung eine warnende Note gesandt. Der Vertreter des Marschall Foch hat der Waffenstillstandskommission erklärt, daß, falls die bolschewistischen Elemente in Deutschland die Macht in die Hand bekämen, die Alliierten sofort alle Unterhandlungen abbrechen und den vorläufigen Zustand rückgängig machen würden.

Eine andere Meldung besagt, die deutschen Politiker sollten sich vergegenwärtigen, daß Berlin besetzt würde, falls die drohende bolschewistische Gefahr nicht ein Ende habe. Die Regierung wird daher sehr energische Maßnahmen gegen den Bolschewismus treffen müssen.

a. **Der Schutz im Osten.** Die am Freitag nachmittag abgehaltene Konferenz der Volksbeauftragten und des Zentralrates hat noch nicht zu Beschlüssen in den Ostfragen geführt. Besonders handelt es sich um die Bildung einer Freiwilligen-Truppe, nicht etwa eines neuen stehenden Heeres. Es soll lediglich eine verhältnismäßig kleine Truppe zum Schutze der Ostmarken gebildet werden, die man auf dem Wege des Aufrufs von Freiwilligen zusammenzubringen hofft.

Austritt der Unabhängigen aus der preußischen Regierung. In einem Schreiben an den Berliner Zentralrat geben die unabhängigen sozialdemokratischen Mitglieder der preußischen Regierung Ströbel, Adolf Hoffmann, Dr. Rosenfeld, Dr. Graf Arco, Dr. Breitscheid, Paul Hoffmann, Hofer und Simon bekannt, daß sie aus ihren Aemtern zurücktreten.

Sie begründen ihren Entschluß damit, in ihrer Aussprache mit dem Zentralrat habe sich ergeben, daß eine erfolgreiche Vertretung ihrer Ideen infolge der mehrheitssozialistischen Zusammensetzung des Zentralrates unmöglich geworden sei und ihnen durch das Ausscheiden der Unabhängigen aus dem Rate der Volksbeauftragten der notwendige Rückhalt bei der Reichsregierung geraubt worden sei. Der unmittelbare Grund zu ihrem Rücktritt sei die Tatsache, daß von ihnen verlangt worden sei, ohne weitere Prüfung der Ernennung des Obersten Reinhard zum Kriegsminister zuzustimmen.

Oberst Reinhardt zum Kriegsminister ernannt. Zum Nachfolger des Kriegsministers Scheuch, der den von ihm erbetenen Abschied erhalten hat, ist der württembergische Oberst Reinhardt ernannt worden.

Im Kriege war dieser zuletzt Chef des Stabes eines Armee-Oberkommandos. Bei Beginn der Demobilmachung übernahm er das neue Demobilmachungsdepartement im preußischen Kriegsministerium.

Eine Erklärung des Staatssekretärs des Auswärtigen. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Brockdorff-Rantzau, hat nach Uebernahme seines Amtes einen Mitarbeiter von Wolffs Telegraphischem Bureau empfangen und diesem auf seine Frage über die Richtlinien, die er in der Politik zu verfolgen beabsichtigt, nachstehende Erklärung abgegeben:

Mein Bestreben wird es sein, Wahrheit und Offenheit dem eigenen Volke wie dem Auslande gegenüber. Das deutsche Volk soll im Unglück seine innere Größe und Würde bewahren, Selbsterniedrigung wie Ueberhebung vermeiden. Zu meinen Teile hierzu beizutragen, bin ich entschlossen. Den Frieden will ich verhandeln und schließen als einen Frieden des Rechts; einen Frieden der Gewalt, der Vernichtung und Versklavung lehne ich ab. Manche unserer Gegner verdächtigen die Revolution als den Versuch Deutschlands, sich den aus der Annahme des Wilsonschen Programms folgenden Verpflichtungen zu entziehen. Diese Behauptung ist ebenso unwahr wie der Glaube irrig ist, daß Deutschland der Revolution werde sich demütig den Forderungen der reinen Gewalt beugen.

Solange ich an dieser Stelle stehe, wird dafür gesorgt werden, daß Deutschland seine Zusagen gewissenhaft einlöst, aber nicht um die Breite eines Haares über das hinausgeht, was es als Recht anerkannt hat. Ein Grundrecht der Völker ist das Recht der Selbstbestimmung. Unsere Gegner haben es nicht nur erkannt, Deutschland erkennt es gleichfalls an, fordert es aber auch für sich, wenn

Hindenburgs Eintreten für Offiziere und Unteroffiziere. Es ist bereits bekannt geworden, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg an das Armeekommando Oberost ein Telegramm gerichtet hat, das sich gegen die Beschlüsse des Berliner Rätekongresses richtet. Das Telegramm ist vom 27. Dezember datiert und hat folgenden Wortlaut:

Ich erkenne die von dem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte gefaßte Resolution betreffend Verordnung über das Heerwesen, insbesondere in der Stellung der Offiziere und Unteroffiziere nicht an. Ich bin der Auffassung, daß eine solche tief in das Leben der Nation und des Heeres einschneidende Veränderung nicht von einer einseitigen Ständevertretung, sondern nur von der durch das ganze Volk berufenen Nationalversammlung getroffen werden kann.

Das Heer steht nach wie vor zu der Regierung Ebert und erwartet von dieser Regierung, daß sie die von ihr gegebene Zusage über den Bestand des Heeres und Richtlinien über die Befugnisse der Vertrauensmänner des Heeres weiter als maßgebend anerkennt und dadurch dem Offizier- und Unteroffizier-Korps ermöglicht wird, weiter Dienst zu tun.

Ich bin in diesem Sinne bei der Regierung vorstellig geworden. Es bleibt deshalb bei den bisher gegebenen Befehlen.

gez. Hindenburg.

Hindenburg hat durchaus das Richtige getroffen: Nicht eine einseitige Ständevertretung, sondern die Nationalversammlung hat über diese wie alle anderen Lebensfragen des deutschen Volkes zu entscheiden.

Die Rheinlande abgesperrt. Mit dem 1. Januar hat die Entente vom übrigen Deutschland wenig bemerkt, ihren zahlreichen Verletzungen des Waffenstillstandsvertrages mit dem brutalsten Rechtsbruch die Krone aufgesetzt. In dem Vertrage ist ausdrücklich festgelegt, daß zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Deutschen Reiche der Verkehr, besonders Handel und Industrie, keinerlei Beschränkungen unterworfen sein soll. Seit dem 1. jedoch hat die Entente die gesamten Rheinlande gegen Deutschland hermetisch abgeschlossen. Kein Eisenbahnzug darf in das besetzte Gebiet hinein oder heraus, zum Teil werden die Schienenstränge zerstört. Kein Fuhrwerk darf den Rhein mehr passieren; auch der Personenverkehr ist grundsätzlich verboten und beschränkt sich auf ganz wenige mit besonderen Ausweisen versehene Ausnahmen.

Lenkt England ein? Ein aus London zurückgekehrter Beamter der englischen Botschaft erklärte dem Vertreter der „Neuen Zürcher Zeitung", die Angelegenheit des Schadenersatzes scheine im Ausland vollkommen mißverstanden zu sein. Die eingesetzte Finanzkommission werde dafür sorgen, daß der Schadenersatz nicht zu übermäßig sei, daß er die vitalen Interessen des deutschen Volkes gefährde. Das englische Volk sei weit entfernt davon, an den ehemaligen Feinden Rache zu üben. Niemand denke daran, Deutschland zu stark anzupacken.

Man wird eine Bestätigung dieser Darlegungen durch etwaige Tatsachen abwarten müssen. Jedenfalls wird man den Verdacht hegen müssen, daß die englischen Forderungen von einem Teil der neutralen Presse in ganz bestimmter Absicht jetzt als Wahltricks ausgegeben werden.

Die Aufteilung des deutschen Schiffsraumes. Der interalliierte Marineverband in Rom beschloß nach Mitteilungen des Ministers Cressi an die „Associated Preß", 500 000 Tonnen österreichischen Schiffsraumes Italien zur Benutzung zu überlassen unter italienischer Flagge. Der Rest wird neben der italienischen auch die neue Verbandsflagge führen (weiß-blau-weiß). Von 100 000 Tonnen in den spanischen Gewässern wird die eine Hälfte Spanien, die andere Hälfte Italien anvertraut. Dreihunderttausend Tonnen im Schwarzen Meer benutzt Italien, dreißigtausend Tonnen in nordeuropäischen Gewässern benutzen England und Frankreich. Aehnlich werden 2½ Millionen Tonnen deutschen Schiffsraumes geographisch verteilt, bis die Friedenskonferenz ihre endgiltige Verteilung vornimmt. Die neue Flagge wird als Flagge des „Völkerbundes" vermutet.

Nakel in polnischer Hand. Die Stadt Nakel, die westlich von Bromberg liegt, ist ohne Kampf in polnische Hand geraten. Bentschen und Schneidemühl erwarten in allernächster Zeit, wahrscheinlich schon heute nacht, den Einbruch der Polen.

Preßburg durch die Tschechen besetzt. Infolge der gestern erfolgten Besetzung der ungarischen Stadt Preßburg durch die Tschechen ist eine große Anzahl von Personen geflüchtet. Einem Teil der Deutsch-Oesterreicher glückte es unter großen Schwierigkeiten [illegible] zu gelangen.

Nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse" wurden in Prag Kundgebungen gegen die Teuerung veranstaltet.

Aufruhr und Brände in Riga. Der „Lokal-Anzeiger" meldet von Bord des Dampfers „Lucie Woehrmann", 3. Januar: In Riga herrscht bolschewistischer Aufruhr. Das deutsche Theater brennt. Es finden Straßenkämpfe statt. Die „Lucie Woehrmann" fuhr am Freitag früh mit Flüchtlingen und Truppen ab.

Die Schleifung der Alandsbefestigungen. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erfährt, ist das Abkommen zwischen Schweden und Finnland über die Schleifung der Alandsbefestigungen auch von deutschen Bevollmächtigten mitunterzeichnet worden. Das Blatt schreibt dazu u. a.: Der Zusammenbruch Deutschlands und das Aufkommen einer neuen Regierung in Finnland hat nun in dieser Beziehung eine Annäherung zwischen Schweden und Finnland herbeigeführt. Gelöst ist das Alandsproblem damit aber noch nicht. Es bleibt immer noch die Frage der Zugehörigkeit zu dem einen oder dem anderen Staat oder einer vollständigen Neutralisierung offen.

Aus Stadt und Land.

Köslin, den 4. Januar 1919.

Zum 5. Januar: Sonnenaufgang 8,10. Sonnenuntergang 3,48. Mondaufgang 8,59 v. Monduntergang 3,18 n.

Wetter:

Etwas wärmer, vorwiegend trübe, Niederschläge, frische Südwinde.

— **Mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse ausgezeichnet** wurde der Unteroffizier Paul Steingräber in einem Infanterie-Regiment zurzeit im Lazarett in Stolp.

— **Wie wird gewählt?** In aller Kürze sei nochmals darauf hingewiesen, daß unter dem neuen Wahlgesetz der Wähler nicht wie früher einen einzelnen Kandidaten wählt, sondern die von seiner Partei aufgestellte Liste, in Pommern also einen Zettel mit elf Namen abgibt. Da das System der streng gebundenen Wahlvorschläge herrscht, kann der Wähler an seinem Zettel nichts ändern. Man tut am besten, sich den ersten Namen seiner Liste zu merken, da nach ihm der Wahlvorschlag genannt wird. Den Zettel bekommen die Wähler von der Partei zugesandt oder können ihn am Eingange des Wahllokals von dem Verteiler in Empfang nehmen. Unsere Freunde, Männer und Frauen in Stadt und Land, bitten wir nochmals dringend darauf zu achten, daß für sie nur die Zettel der Deutsch nationalen Volkspartei in Betracht kommen.

— **Beschränkte Personenbeförderung mit Güterzügen.** Wie uns mitgeteilt wird, werden mit den Güterzügen, die ab Köslin mittags um 11,45 Uhr in Richtung nach Stolp und 7,45 Uhr abends in Richtung nach Berlin fahren, vom kommenden Montag ab in **beschränkter Zahl** Fahrgäste befördert.

— **Bahnhofsdienst des Vaterländischen Frauenvereins.** Vier Jahre und fünf Monate hindurch hat der hiesige Vaterländische Frauenverein die Erfrischungsstelle auf dem hiesigen Bahnhof unter Leitung der Frau Justizrat Sachse aufrechterhalten und hunderttausenden von Kriegern auf der Durchreise Erquickung dargebracht. Mit großer Aufopferung haben die Damen des Vereins, bei Tag und Nacht, und bei jeder Witterung „durchgehalten", um den Verteidigern des Vaterlandes eine Freude zu bereiten. Der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins möchte, da die Erfrischungsstelle nunmehr aufgelöst worden ist, hierdurch allen den Damen, die auf dem Bahnhof tätig waren, seine warme Anerkennung und seinen herzlichsten Dank für die treue und aufopfernde Mitarbeit aussprechen.

— **Aus dem Leben der St. Mariengemeinde.** Am Neujahrstage wurden durch Superintendent Braun nach dem Hauptgottesdienst die sechs Aeltesten und zwölf Gemeindevertreter, die im Herbst vorigen Jahres gewählt worden sind, auf die Dauer von sechs Jahren in ihr Amt eingeführt. Am gleichen Tage erschien die erste Nummer des Gemeindeblattes für die St. Mariengemeinde in Köslin, das an die Kirchenbesucher unentgeltlich verteilt wurde. — In dieser Woche ist an die hiesigen politischen Vereine die Entschließung der Kirchengemeindeversammlung vom 20. Dezember vorigen Jahres mit der Bitte um Stellungnahme zu der darin geforderten gesetzlichen, rechtlichen und allmählichen Neuordnung von Staat und Kirche überwiesen worden. — Am kommenden Sonntag wird Superintendent Meyer aus Greifenberg, der vom Magistrat, als Patron von St. Marien, zum ersten Pfarrer

— **Einen Zusammenstoß** verursachte Freitag in der fünften Nachmittagsstunde ein trotz der Dunkelheit in schneller Fahrt die Bublitzerstraße, wo zurzeit Schachtarbeiten vorgenommen werden, herunterfahrendes zweispänniges Personenfuhrwerk, das auf einen dort haltenden Wagen so aufprallte, daß Teile desselben auf die Straße flogen und die Halfter der aufrennenden armen Pferde rissen. Ob auch die Pferde hierbei Verletzungen erlitten haben, konnte der Dunkelheit wegen nicht festgestellt werden. — Bei dieser Gelegenheit möchten wir an die Fuhrwerksbesitzer die Mahnung aussprechen, bei der abends in den Straßen der Stadt herrschenden Finsternis mehr Vorsicht walten zu lassen, um die Straßenpassanten nicht unnötig in Gefahr zu bringen und ihre eigenen Gefährte vor Unfällen und Zusammenstößen zu schützen.

— **Konzertnachricht.** Wir weisen nochmals auf den am 7. Januar durch die Konzertagentur Otto Grünthal veranstalteten Klavierabend der Kammervirtuosin Frau Frieda Kwait-Hodapp hin, die, wie wir schon neulich sagten, zu den allerersten Vertreterinnen ihres Faches gehört. Im „Berliner Lokalanzeiger" lesen wir: **Und Licht ward es, als Frau Kammervirtuosin Frieda Kwait-Hodapp** auf dem Klavier die ersten Töne anschlug und die ihr zugewiesene Riesenkadenz mit „unvergleichlicher Meisterschaft" zu Ende führte. „Es war nur eine Selbstverständlichkeit, daß man diese Künstlerin mit besonderen Ehren bedachte". Die „Rheinische Zeitung" schreibt: „Eine prachtvolle Spielerin, die Temperament, technisches Können und Stilgefühl in seltener Weise vereint, und stets etwas Vollendetes zu bieten vermag". Es dürfte nach allen uns bekannten Nachrichten überflüssig erscheinen, diesen Kritiken noch eine weitere Empfehlung hinzuzufügen. Für jeden Musikkenner und Freund dürfte der Abend ein solcher sein, der nicht versäumt werden sollte.

— **Kolberg. Neuwahl der Arbeiterausschüsse.** Der Arbeiter- und Soldatenrat hat beschlossen, daß die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen für alle in den Betrieben Kolbergs und Umgegend beschäftigten Personen Aufgabe der freien Gewerkschaften ist. Der Ausschuß des Gewerkschaftskartells für Kolberg und Umgegend ist ermächtigt, sämtliche erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die bestehenden Arbeiter- und Angestelltenausschüsse in den Betrieben von Kolberg und Umgegend werden aufgelöst. Es haben in allen Betrieben Neuwahlen der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse zu erfolgen, auch da, wo bisher Ausschüsse nicht bestanden haben. Die Wahl selbst erfolgt nach dem Proportionalwahlsystem nach den diesbezüglichen Ausführungsbestimmungen des ehemaligen Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst. Die so gewählten Arbeiter- und Angestelltenausschüsse gelten als die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten.

— **Rummelsburg. Wahlen.** Für den Kreis Rummelsburg ist ein Wohlfahrtsausschuß gebildet worden, in den die Rittergutsbesitzer von Zitzewitz-Beßwitz und Meißner-Zuckers, Besitzer Gehrke-Treblin und Beigeordneter Neitzke-Rummelsburg gewählt wurden.

— **Pyritz. Rückkehr der Garnison.** Unsere Garnison ist mittels Extrazuges hier eingetroffen, und zwar zweihundert Mann von den 21ern, aus den Argonnen kommend, mit dreihundert Pferden. Zur Begrüßung hatten sich Bürgermeister Nehm und der Vorsitzende des Soldatenrats eingefunden. Die offizielle Begrüßungsfeier fand im „Stadtpark" statt, zu welcher sich Landrat von Köller, die städtischen Körperschaften und Hunderte von Bürgern der Stadt eingefunden hatten.

—ob. **Regenwalde. Besitzwechsel.** Der Bauerhofsbesitzer A. Haese, Labuhn-Ausbau, verkaufte seine Landwirtschaft mit allem Inventar für 38 000 Mark an den Landwirt P. Strescher aus Stettin. Die Uebergabe ist bereits erfolgt. — **Verkehrs-Einschränkung.** Der nachmittags 4,41 Uhr hier abgehende Zug fährt bis auf weiteres nur bis Jennyshöhe, ebenso zurück nur von Jennyshöhe. Die Strecke von Jennyshöhe bis Piepenburg ist gesperrt, da auf dem dortigen Geleise eine große Anzahl von Wagen aufgestellt worden sind, die wir infolge des Waffenstillstandes dem Feinde abliefern müssen. Reisende von und nach Stettin können auf diesem Wege keinen Anschluß mehr finden, müssen vielmehr den Weg über Plathe nehmen.

— **Anklam. In den Tod getanzt.** Bei einem in einer hiesigen Wirtschaft stattgefundenen Silvestertanz brach die 27 Jahre alte Ehefrau des Schiffers Franz Peters beim Schlußtanz plötzlich tot zusammen. Ein Herzschlag hatte ihrem jungen Leben ein jähes Ende bereitet. — **Tödlicher Unfall.** Der achtjährige Sohn Willi des Postschaffners Nitzas machte sich an dem in der Leipziger Allee stehenden Fuhrwerk des Kaufmanns Soboll zu schaffen. Er bestieg den Wagen und hieb mit der Peitsche auf die Pferde, diese zogen an und der Junge stürzte kopfüber vom Wagen herunter. Er kam dabei unter die Räder und wurde überfahren. Der Junge erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf verstarb.

Erste Strafkammer des Königlichen Landgerichts.

Köslin, den 2. Januar 1919.

Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Geheimer Justizrat Haken; Beis.: Amtsgerichtsrat Medem, die Landr. Richter, Dr. Schröder u. Centurjer; Anklagebehörde: Gerichtsassessor Schweppe; Protokollführer: Referendar Kistenbrügge.

Freigesprochen. Der Dachdecker Wilhelm Panknin aus Köslin ist angeklagt, am 13. September aus der Wohnung des Invaliden Hermann Schwerdtfeger einen Geldbetrag von fünfzehn Mark entwendet zu haben. Der Gerichtshof hielt auf Grund der heutigen Hauptverhandlung den Angeklagten für nicht überführt und erkannte auf kostenlose Freisprechung.

Gelegenheitsdiebstahl. Der mehrfach vorbestrafte Arbeiter Oskar Voß aus Köslin war am 4. Oktober bei einem Umzuge beschäftigt und hat sich bei dieser Gelegenheit, wie durch die heutige Beweisaufnahme festgestellt wurde, ein Stück Wagenleder von erheblichem Wert angeeignet. Erkannt wurde wegen Diebstahls im Rückfalle auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten.

Diebstahl im Rückfall. Der Klempnermeister Otto Koch aus Schlawe war im vergangenen Jahre bei der Kösliner Luftverkehrsgesellschaft beschäftigt und hat sich gelegentlich verschiedene Metallgegenstände angeeignet. Er wurde heute wegen Diebstahls im Rückfalle zu der gesetzlichen Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Lebensmittel-Diebstahl. Die Arbeiterin Hedwig Buß in Dramburg ist angeklagt, in der Nacht zum 18. Februar dieses Jahres in Rützow, Kreis Schivelbein, ihrer früheren Dienstherrin, der Altsitzerin Auguste Barz, Schinken, Speck und Wurst entwendet zu haben. Beide wurden in Ermangelung ausreichender Beweise freigesprochen. Dagegen wurde die Erstangeklagte für überführt angesehen, im Jahre 1914 in Dramburg, ihrer damaligen Dienstherrin, der Bäckerfrau Howe, aus der Ladenkasse einen Zwanzigmarkschein entwendet zu haben. Erkannt wurde in diesem Falle auf eine Gefängnisstrafe von drei Tagen.

Ausgesetzte Verhandlung. Eine weitere anstehende Verhandlung gegen den Arbeiter Karl Haut in Zadtkow wegen versuchten schweren Diebstahls wurde heute ausgesetzt, um weitere Zeugen zu laden.

Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung in Köslin.

Der Krieg ist ein Umwerter aller Werte geworden. Wir hatten unsere gesamte Wirtschafts- und Gedankenwelt auf ihn eingestellt. Viereinhalb lange Jahre hindurch mußten wir Richtung auf ihn nehmen. Kein Wunder, daß demgemäß die Ueberleitung in den Friedensstand schon an sich kein leichtes Werk gewesen wäre, und hervorragende Organisationstalente erfordert hätte, selbst wenn das Ende sich so gestaltet hätte, wie es das deutsche Volk erhofft und ersehnt hat.

Nun, wo der grausame, traurige Zusammenbruch mit erschreckender Schnelligkeit über uns gekommen ist, wo zudem durch die Revolution mit ihren Neben- und Folgeerscheinungen eine weitere durchgreifende Aenderung aller gewohnten Verhältnisse eingesetzt hat, ist die Schwierigkeit der Ueberleitung in den Friedenszustand ins Ungeheuerliche gewachsen. Ein glückliches Gelingen scheint nur möglich, wenn die gesamte Bevölkerung sich des Ernstes der Lage bewußt ist und in deren Erkenntnis willig und mit allem Eifer an der Ueberwindung dieser Schwierigkeiten direkt oder indirekt mitarbeitet. Ein Nichtgelingen aber ist zweifellos gleichbedeutend mit dem völligen wirtschaftlichen Ruin. Davor soll niemand die Augen verschließen.

Um nun die wirtschaftliche Demobilmachung vorzubereiten und durchzuführen, um die kostbare Zeit auszunutzen und den gesamten Mechanismus sich in möglichst gesunden Bahnen abwickeln zu lassen, hat die Regierung das einem besonderen Staatssekretär wichtige Aufgabe zu lösen außerstande sein, wollte es sich darauf beschränken, vom grünen Tisch aus zu bestimmen und zu reglementieren. Vielmehr hat es erkannt, daß ihm nur in der ausgiebigsten Wechselwirkung mit der Außenwelt, und zwar mit allen Schichten der Bevölkerung und allen Teilen des Landes, ein wirklicher Erfolg blühen kann. Darum überzieht es das ganze Land mit einem Netz von Filialen, die dazu berufen sind, diesen angestrebten Verkehr zwischen ihm und der Bevölkerung herzustellen und zu unterhalten. Es ist nicht möglich, von Berlin aus alles zu sehen und aus den Zeitungen zu entnehmen, was hier und dort not tut, angebracht ist, verhindert werden muß; ebensowenig kann man in den einzelnen Orten und seitens der einzelnen Körperschaften usw. wissen, auf was an der Zentrale, an der alle Fäden zusammenfließen, Wert gelegt wird, und wenn man es wüßte, man hätte so und so oft nicht die Mittel und die Gelegenheit, die Wünsche und Gedanken an den Mann zu bringen.

Hier soll also der persönliche Verkehr zwischen dem Publikum und dem Beauftragten des genannten Reichsamts einsetzen, um einerseits die Pläne und Anordnungen der Regierung möglichst umgehend und zweckdienlich zu verbreiten und zu erklären, um andererseits Wünsche der Bevölkerung auf direktem Wege nach Berlin mit den nötigen Erläuterungen weiterzugeben.

Auch für Hinterpommern ist neuerdings mit dem Sitz in Köslin ein Vertreter des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilmachung ernannt worden. Dieser wird sowohl durch die Lokalpresse, wie persönlich den Weg zur Bevölkerung des Bezirks suchen, und zu diesem Zwecke mit den Gewerkschaften und Arbeiterräten, mit Unternehmer-, Angestellten- und Beamtenorganisationen in Fühlung zu treten trachten.

Es handelt sich um das Wohl und Wehe des Vaterlandes, das heute aus tausend Wunden blutet, und dem jeder nach allem seinem Können beizustehen verpflichtet ist. Es handelt sich aber ebensosehr um das Wohl und Wehe jeder Familie, jeder einzelnen Person. Darum ist die Bevölkerung in Stadt und Land nachdrücklichst auf diese amtliche Stelle hingewiesen, mit der namentlich die wirtschaftlichen Organisationen gut tun würden, rege Verbindung aufrecht zu erhalten.

Vermischtes.

— **Silvester-Streik in den Berliner Kaffees.** In fast allen Berliner Kaffeehäusern ist die Silvesternacht — ungefeiert geblieben. Die Kellner in zahlreichen Lokalen streikten und wurden fortstreikenden Kellner abends gegen acht Uhr einen Demonstrationsumzug, dem sich auch andere Leute anschlossen. Es waren schließlich einige Tausende, die weiße Schilder mit sich führten, auf denen zu lesen stand: „8000 stellenlose Kellner in Berlin", „Wir fordern feste Entlohnung", „Fort mit den Trinkgeldern!" Im Konzerthaus „Clou", das dichtbesetzt war von Gästen, und anderwärts wurden die Kellner veranlaßt, sich dem Streik anzuschließen. Auf die großen Hotelbetriebe und Gastwirtschaften hatte der Streik am Silvester noch nicht übergegriffen. Hier liegt ein diesbezüglicher Beschluß vor, der angeblich bezweckt, Uneinigkeit in die Reihen der Unternehmer zu tragen. Sobald aber die Kellner der Cafes den Streik streng durchführen, werden alle Gastwirte schließen, da ein Solidaritätsvertrag geschlossen wurde. Im übrigen ließ sich Berlin — wie es stets ist! — weder durch die furchtbaren Ereignisse der letzten Vergangenheit, noch durch die Aussicht auf die unsagbar harte Zukunft die Silvesterlaune stören. Die Rummelstätten aller Art, die vielen „Cabarets", Tanzlokale waren übervoll, auf den Straßen gab es wildesten Radau — kurz der „Berliner Humor" feierte wieder einmal eine wilde Orgie.

— **Tausend Mark Monatsgehalt** soll ein Teil der Vergnügungs- und Weinkneipen ihren streikenden Kellnern versprochen haben. Wenn dazu noch „anständige" Trinkgelder kommen, wie sie Munitionsarbeiter und Kriegsschieber zu geben pflegen, so werden die Kellner hoffentlich im nächsten Vierteljahr zufrieden sein.

— **Wahlfreiheit und Frauenwahlrecht.** Bisher galt es als ein Axiom jeden politischen Anstandes, dem Wähler die Bildung seiner politischen Ueberzeugung wenigstens vom Gewissensdruck freizulassen. Anders scheint es unter der neuen Ordnung der Dinge werden zu wollen. Aus den Siemens-Werken in Siemensstadt bei Charlottenburg wie aus anderen großen industriellen und kaufmännischen Betrieben kommt die Nachricht, daß den jungen Mädchen über zwanzig Jahren von Arbeiterverbänden bezw. ihren Anhängern schriftliche Reverse zur Unterschrift vorgelegt worden sind, inhalts deren sie sich verpflichten, bei den Wahlen für die Nationalversammlung ihre Stimmen nur den sozialdemokratischen Parteien zu geben, verweigerten sie die Unterschrift, so wurden sie mit der Entfernung aus der Arbeit bedroht. Die jungen Wählerinnen sind zum Teil hierdurch in arge Gewissensbedrängnis geraten und haben gefragt, wie denn so etwas möglich sei, und wie sie sich zu verhalten hätten. Es ist nun ganz klar, daß diesen Reversen weder in rechtlicher noch erst recht in moralischer Beziehung irgendwelche Bedeutung beizumessen ist, sie sind in unsittlicher Weise gefordert und erzwungen und binden daher niemals. Den jungen Wählerinnen kann daher nur empfohlen werden, diese Reverse zu unterschreiben, bei der Wahl aber daraus die Folgerung zu ziehen, daß sie sich derartigen Gewissensbedrückungen in Zukunft nicht mehr aussetzen lassen wollen und unter allen Umständen daher gegen die Parteien zu stimmen, welche sich derartiger unanständiger Mittel bedienen. Das Wahlverfahren ist bekanntlich geheim, und in einem vollständig gegen den Einblick Dritter geschützten Wahlraum steckt der Wähler seinen Stimmzettel in das Wahlkuvert. Die Wählerinnen können also ihrer Ueberzeugung freien Ausdruck geben, ohne fürchten zu müssen, von ihren sozialistischen Mitarbeitern mit der Hungerpeitsche bestraft zu werden. — Es wäre interessant, zu erfahren, wie sich die derzeitigen Gewalthaber, welche doch für die öffentliche Sittlichkeit im politischen Leben des Landes in erster Linie verantwortlich sind, zu diesen unerhörten Vorgängen stellen.

— **Gewerkschaften gegen Arbeiterräte.** Auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften sind mit der Tätigkeit der Arbeiterräte nicht zufrieden. Auf einer Vertreter-Konferenz der Gewerkschaftsleitungen wurde dagegen protestiert, daß von einzelnen Arbeiterräten versucht wird, die Gewerkschaften bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuschalten. Es wurde gefordert, daß die Arbeiter- und Soldatenräte, die als politische Organe der Revolution zu gelten hätten, bei der Lösung wirtschaftlicher Aufgaben die Gewerkschaften zur Mitarbeit heranziehen müßten. Dagegen erlebe man, so wird in der Gewerkschaftspresse berichtet, daß zum Beispiel der Arbeiter- und Soldatenrat in Stuttgart einfach beschlossen hat, sich selbst allen bisherigen gewerkschaftlichen Organisationen und Funktionären überzuordnen und daß seine Beschlüsse maßgebend sein sollten. Aehnliches wird anderwärts versucht, ja man möchte sogar die oberste Instanz der sozialdemokratischen, die Generalkommission einer Kontroll-Kommission unterordnen. — Wir wollen durchaus nicht darüber frohlocken, daß die soz. Gewerkschaften den Terror nunmehr am eigenen Leibe erfahren müssen. Aber darauf sei kurz hingewiesen, daß der seit Jahren gegen Andersdenkende geübte Terror sich gegen die wendet, die ihn eingepredigt haben und damit nun die Frucht der eigenen Saat ernten müssen.

— **Straßenkämpfe in Beuthen.** Mittwoch nacht verübten 15 Feldgraue am Ring durch eine Revolverschießerei großen Unfug. Als sechs Sicherheitsbeamte hiergegen einschritten, richteten die Soldaten ihre Waffen gegen die Beamten. Es entspann sich ein regelrechtes Feuergefecht, wobei die Soldaten Maschinengewehre und Revolver gebrauchten. Die Soldaten wurden schließlich in die Flucht geschlagen. Ob Verwundungen vorgekommen sind, ist nicht ermittelt worden. Von den Beamten wurde niemand verletzt.

Verantwortlich für den lokalen und provinziellen Teil: Hans Robert Lipski, für den übrigen Teil: Hauptschriftleiter Alfred Schwintzer, für den Anzeigenteil i. V.: Willy Norkowski. Druck und Verlag der Fürstentumer Zeitung A.-G. Sämtlich in Köslin

Sofortige Ablieferung
von
Heeresgut
bei den zuständigen Behörden
beschleunigt den Frieden.

Statt Karten.

Gestern abend 12 Uhr erlöste Gott durch einen sanften Tod die langen, mit großer Geduld getragenen Leiden unserer heißgeliebten, unvergeßlichen Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Henriette Hinz

geb. Kath

in ihrem 85. Lebensjahre.

Dies zeigen allen Freunden und Verwandten tiefbetrübt an

die trauernden Kinder.

Mersin, den 4. Januar 1919.

Beerdigung Dienstag, den 7. Januar, 1 Uhr.

Nochmaliger Aufruf an die Bürgerschaft Köslins.

Zur Bekämpfung der Keinwohnungsnot ist es notwendig, alle verfügbaren Räume zur Unterbringung obdachloser Familien zu benutzen. Die Hausbesitzer werden erneut ersucht, derartige Räume zur Unterbringung der Familien zur Verfügung zu stellen.

Wünschenwert ist es, solche Räume zu wählen, für welche ein vom Wohnungsflur getrennter Zugang besteht oder aber zu schaffen ist. Zur Einrichtung der Wohnung wird die Stadt Beihilfen leisten.

Meldungen sind im Stadtbauamt, Lazarettstraße 8, Zimmer Nr. 4 in der Zeit von 8—3 Uhr einzureichen.

Gleichzeitig wird nochmals auf die nachstehenden Anordnungen 1 und 2 verwiesen und um genaueste Innehaltung dieser Bestimmungen ersucht.

Köslin, den 3. Januar 1919.

Das städtische Wohnungsamt.

Bekanntmachung.

Betrifft Einigungsamt.

1.

Anordnung.

Auf Grund des § 5 der Bekanntmachung des Reichskanzlers zum Schutze der Mieter vom 23. September 1918 — R.-G.-Bl. S. 1185 — wird mit Ermächtigung des Staatskommissars für das Wohnungswesen angeordnet:

Die Vermieter von Wohnräumen haben dem Magistrat unverzüglich Anzeige zu erstatten, wenn eine seit dem 1. Juni 1917 dauernd oder zeitweise vermietet gewesene Wohnung an einen neuen Mieter zu einem höheren Mietszins vermietet wird, als ihn der letzte Mieter zu entrichten hatte; in der Anzeige ist der zuletzt entrichtete und der neue Mietszins anzugeben.

Mit Geldstrafe bis eintausend Mark wird bestraft, wer vorsätzlich dieser Anordnung zuwider die Anzeige nicht rechtzeitig erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

Der Magistrat.

2.

Anordnung.

Auf Grund der §§ 1 und 2 bis 5 der Bekanntmachung des Reichskanzlers über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel vom 23. September 1918 — R.-G.-Bl. S. 1143 — wird mit Ermächtigung des Staatskommissars für das Wohnungswesen angeordnet:

§ 1.

Es wird hiermit untersagt, daß ohne vorhergehende Zustimmung des Magistrats

a) Gebäude oder Teile von Gebäuden abgebrochen,

b) Räume, die bis zum 1. Oktober 1918 zu Wohnzwecken bestimmt oder benutzt waren, zu anderen Zwecken, insbesondere als Fabrik-, Lager-, Werkstätten, Dienst- oder Geschäftsräume verwendet werden.

Die Zustimmung darf nur versagt werden, wenn das Einigungsamt sich mit der Versagung einverstanden erklärt hat.

§ 2.

Der Verfügungsberechtigte hat

a) dem Magistrat unverzüglich Anzeige zu erstatten, sobald eine Wohnung oder Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst-, Geschäftsräume oder sonstige Räume unbenutzt sind,

b) dem Beauftragten des Magistrats über die unbenutzten Wohnungen und Räume sowie über deren Vermietung Auskunft zu erteilen und ihm die Besichtigung zu gestatten.

Als unbenutzt gelten Wohnungen und Räume der bezeichneten Art, wenn sie völlig leer stehen oder nur zur Aufbewahrung von Sachen dienen, sofern dem Verfügungsberechtigten eine andere Aufbewahrung ohne Härte zugemutet werden kann, oder wenn der Verfügungsberechtigte seinen Wohnsitz dauernd oder zeitweise in das feindliche Ausland verlegt hat.

§ 3.

Hat der Magistrat dem Verfügungsberechtigten für eine unbenutzte Wohnung oder für andere unbenutzte Räume, die zu Wohnzwecken geeignet sind, einen Wohnungsuchenden bezeichnet und kommt zwischen ihnen ein Mietsvertrag nicht zustande, so setzt auf Anrufen des Magistrats das Einigungsamt, falls für den Verfügungsberechtigten kein unverhältnismäßiger Nachteil zu besorgen ist, einen Mietsvertrag fest. Der Vertrag gilt als geschlossen, wenn der Wohnungsuchende nicht innerhalb einer vom Einigungsamte zu bestimmenden Frist bei diesem Widerspruch erhebt.

Das Einigungsamt kann dabei anordnen, daß die Gemeinde anstelle des Wohnungsuchenden als Mieter gilt und berechtigt ist, die Mietsräume dem Wohnungsuchenden weiter zu vermieten.

§ 4.

Auf Anfordern des Magistrats hat der Verfügungsberechtigte der Gemeinde unbenutzte Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst-, Geschäftsräume oder sonstige Räume zur Herrichtung als Wohnräume gegen Vergütung zu überlassen. Das Einigungsamt bestimmt die Höhe der Vergütung und die Zahlungsbedingungen, wenn eine Einigung hierüber nicht zustande kommt. Der Magistrat ist berechtigt, den Gebrauch der hergerichteten Räume einem Dritten zu überlassen, insbesondere sie zu vermieten.

Nach Fortfall der dem Magistrat erteilten Ermächtigung (§ 1) sind dem Verfügungsberechtigten die Räume in angemessener Frist zurückzugewähren. Die Frist bestimmt, wenn eine Einigung nicht zustande kommt, das Einigungsamt. Auf Verlangen des Berechtigten hat die Gemeinde den der früheren Zweckbestimmung und Ausstattung entsprechenden Zustand der Räume wieder herzustellen.

§ 5.

Mit Geldstrafe bis zu viertausend Mark wird bestraft,

1. wer einem der Verbote in § 1 zuwiderhandelt,

2. wer einer der gemäß § 2 erlassenen Anordnung zuwiderhandelt, vorsätzlich eine Anzeige oder eine Auskunft nicht oder nicht rechtzeitig erstattet, oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, oder eine Besichtigung nicht gestattet.

Köslin, den 3. Januar 1919.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Spiritusmarken für diejenigen unbemittelten Familien, in denen sich Säuglinge unter einem Jahre befinden, findet im Zimmer Nr. 14 des Rathauses an den nachbenannten Tagen statt:

am Montag den 6. dieses Monats für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben A—D,

am Dienstag, den 7. dieses Monats für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben E—H,

am Mittwoch, den 8. dieses Monats für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben J—M,

am Donnerstag, den 9. dieses Monats für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben N—R,

am Freitag, den 10. dieses Monats für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben S—V,

am Sonnabend, den 11. dieses Monats für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben W—Z,

am Montag, den 13. dieses Monats für die unbemittelten Personen, welche den Spiritus für Zwecke der Krankenpflege unbedingt gebrauchen und zwar gegen Vorlegung eines ärztlichen Attestes.

Es haben nur die neuausgegebenen Marken, welche neben dem Stempel den Aufdruck „Januar" tragen, Gültigkeit. Die früher ausgegebenen Marken und noch im Umlauf befindlichen sind also ungültig. Die Brotausweiskarten sind unbedingt als Ausweis mitzubringen.

Köslin, den 5. Januar 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zwecks Neuaufstellung der Unternehmerliste für städtische Bauarbeiten werden die hiesigen Gewerbetreibenden, welche im Bedarfsfalle für die Stadt Arbeiten auszuführen gewillt sind, ersucht, diesbezügliche Anträge dem Stadtbauamt Stadthaus, Lazarettstraße 8, Zimmer Nr. 4, werktags in der Zeit von 8—3 Uhr, schriftlich oder mündlich einzureichen.

Köslin, den 2. Januar 1919.

Der Magistrat.

Aus dem Felde zurückgekehrt,

beabsichtige ich, mein Geschäft wieder zu eröffnen. Ich bitte daher meine frühere Kundschaft und diejenigen, die es werden will, aus Stadt und Land sich in meine Kundenliste eintragen zu lassen.

Max Schneider,

Fleischermeister.

Am 15. Januar beginnt ein neuer Lehrgang in

Kurzschrift und Schreibmaschine.

Kaufmännische Privatschule

von

Neuetorstr. 21, I.
(Eing.: Ringstr.)

Frau Hedwig von Borcke.

Höheres Einkommen

gewährleistet die Leibrentenversicherung der

Pommerschen Provinzial-Lebensversicherungsanstalt.

Je 100 Mark Anzahlung ergeben eine jährliche Rente

für Männer: Mk.	bei einem gegenwärtigen Alter von Jahren:	für Frauen: Mk.
8,29	55	6,82
9,71	60	7,93
11,59	65	9,55
14,51	70	12,—
18,62	75	15,86
24,78	80	22,25

Tarife und Auskünfte, auch über sonstige Rentenversicherungen (Verbindungsrenten für Ehepaare usw.) sind erhältlich durch die Pommersche Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Stettin, Pölitzerstr. 1, die Kreisversicherungskommissare der Pommerschen Provinzial-Lebensversicherungsanstalt und der Pommerschen Feuersozietät sowie die Vertrauensmänner.

Der Landeshauptmann der Provinz Pommern.

Sarnow.

Am 7. Januar beginnt der

Kursus

in Stenographie, Schreibmaschine, einfacher, doppelter und amerikanischer Buchführung, Wechsellehre, Korrespondenz, Rechnen usw.

Kaufmännische Privatschule

von

Regierungsstr. 1, II.

Ella Presting.

Bin mit einem großen Transport schwerer prima

Ackerpferde

eingetroffen, darunter ein Paar erstklassige Reitpferde, passend für schweres Gewicht.

A. Henke, Pferdehandlung,

Bahnhofstraße 3.

Holzauktion.

Montag, den 6. Januar, vorm. von 10 Uhr ab verkauft in den Hechtbergen Durchforsthaufen und Kiefern auf dem Stamm meistbietend.

Kohlmeier, Altbelz.

Preuß. Kl.-Lotterie.

Lose in allen Abschnitten vorrätig bei

Schrader,

Lotterie-Einnehmer.

Hämorrhoiden

Versand von aufklärenden Broschüren durch die

D. O. B.

Die Not der Stunde hat zur Gründung des

„Deutschen Offizier-Bundes"

geführt. Der Bund stellt sich auf den Boden des neuen Deutschlands. Er hat sich zur Aufgabe gemacht: eine zielbewußte, wirksame Vertretung der Interessen aller Heeres- und Marineangehörigen im Offiziersrange des aktiven und inaktiven, sowie des Beurlaubten-Standes mit Einschluß der Frauen, Witwen und Waisen von Offizieren und so weiter. Diese Aufgabe kann nur gelöst werden durch einmütigen Zusammenschluß aller Beteiligten ohne jede Ausnahme. Es ist daher unabweisbare Pflicht eines jeden dieser Heeres- und Marineangehörigen, alsbald den Beitritt zu erklären. Keiner darf zurückstehen!

Die Organisation soll das ganze deutsche Reich umfassen. Für den Bereich des zweiten Armeekorps hat sich in Stettin eine Gruppe gebildet als:

„Deutscher Offizier-Bund, Gruppe 2. Armeekorps"

(D. O. B, Gr. 2. A. K.)

Anmeldungen werden erbeten an Oberlt. Karbe-Stettin, Kaiser Wilhelm Straße 69-70 (Fernsprecher 5741); Auskunft erteilt auch Justizrat Dr. Waldow, Hauptmann der Reserve, Stettin, Reifschlägerstraße 22 (Fernsprecher 1316).

Der Vorstand:

Oberst z. D. Frhr. von Dalwig, Kmdr. des Landw.-Bez. Stettin, Oberlt. Karbe, Pion.-Batl. 2, Gen.-Oberbet. Fränzel, Gen.-Kdo. 2. A. K.

Turnverein Köslin, E. V.

gegr. 1861.

Die Turnübungen des Vereins finden bis auf weiteres in der Städtischen Mädchenturnhalle wie folgt statt:

Altersriege: Sonnabends von 7½—9½ Uhr abends (erstmalig am 4. Januar 1919);

Frauenabteilung: Dienstags von 7½—9½ Uhr abends (erstmalig am 7. Januar 1919);

Jugend- und Männerabteilung: Mittwochs von 7½—9½ Uhr abends (erstmalig am 8. Januar 1919).

Wir bitten unsere aus dem Felde zurückgekehrten Mitglieder um zahlreiche Beteiligung. Neuanmeldungen werden auf dem Turnboden und vom Schriftwart Wolffgramm, Teßmarstraße 15, entgegengenommen.

Der Vorstand.

Prof. Dr. Rottländer,
2. Vorsitzender.

Konzertagentur Otto Grünthal-Köslin

11. Konzertabend.

Dienstag, den 7. Januar 1919, pünktlich 8 Uhr im Lüdtke'schen Saal

Klavierabend

der Kammervirtuosin

Frieda Kwast-Hodapp.

Aus der Vortragsfolge: Beethoven, Variationen c-moll, Bagatelle g-moll, op. 119. Rondo a Capriccio g-dur, op. 129. Brahms: Sonate F-moll, op. 5. Chopin: 12 Etuden op. 25.

Eintrittskarten à 3,50, 2,50 und Schüler und Stehplatz 1,00 Mk. im Vorverkauf bei Otto Grünthal, Markt 21 und an der Abendkasse.

Aus dem Felde zurück, nehme meinen

Bäckereibetrieb

am 7. Januar wieder auf.

Otto Mix, Junkerstr. 13.

Münchener Pschorrbräu, Malzbier, Stettiner Bergschloßbier

in Gebinden, Flaschen und im Anstich empfiehlt
Bestellungen erbitte rechtzeitig.

Eduard Laabs.

Sarg-Magazin und Beerdigungs-Institut

Holzmarkt 2 **Albert Jütz** Holzmarkt 2

Telehopn 351 • • Inh.: Willy Jütz • • Telephon 351

Uebernehme bei vorkommenden Sterbefällen Besorgungen ganzer Begräbnisse, auch empfehle eigene Leichenfrau.

Größtes Lager in Holz- und Metall-Särgen sowie Sargausstattungen

zu billigen Preisen.

Terminkalender der Zwangsversteigerungen.

Provinz Pommern.

Mitgeteilt von Peter Thiel, Berlin-Niederschönhausen.

Name und Wohnort des Besitzers des Grundstücks bezw. der Subhastaten (A = Auseinandersetzung.)	Zuständiges Amtsgericht	Grundbuch	Subhastationstermin Datum	Std.	Größe des Grundstücks (ha)	Grundsteuerreinertrag Mark	Gebäudesteuernutzungswert Mark
K. Buttenhoff (A.)	Wollin	Gaulitz	8. 1.	10	—	—	24
Fr. A. Möller	Bergen a. R.	Lanken	9. 1.	10	0,1621	—	4972
Ww. D. Förster	" " "	Sellin	9. 1.	11½	0,112	—	650
B. Görs	Neustettin	Sparsee	9. 1.	11	56,905	90,93	90
G. Schütz, Ehel. (A.)	Labes	Dorotheental	11. 1.	10	2,54	14,13	36
R. Strehlow	Swinemünde	das.	13. 1.	9	0,0636	—	2768
Fr. V. Lachmann	Kolberg	das.	16. 1.	10	0,713	9,78	795
H. Schlitt	Barth	Damgarten	16. 1.	10	0,4503	ca. 50 M.	—
M. Krüger	Bergen a. R.	das.	16. 1.	10	0,0904	—	709

Alle deutschen Männer und Frauen,

die mithelfen wollen an der Wiedergeburt unseres Vaterlandes,

die unser Volk erretten wollen vor der gänzlichen Vernichtung durch äußere und innere Feinde

müssen werben und kämpfen

für die

Deutschnationale Volkspartei,

Hauptgeschäftsstelle Berlin, Bernburger Straße 24-25.

Schutzverband der Kirche

vertritt für eine **selbständige Volkskirche** folgendes Mindestprogramm:

1. Gewähr ruhiger, besonnener Überleitung in eine neue Kirchenverfassung, soweit erforderlich,
2. Erfüllung der rechtlichen finanziellen Verpflichtungen des Staates für das Kirchenwesen,
3. Erhaltung des steuerlichen Charakters der Kirchenabgabe in irgend einer Form,
4. Schutz der Sonn- und Feiertagsheiligung,
5. Erhaltung des Religionsunterrichts in der Schule,
6. Erhaltung der theologischen Fakultäten an den Universitäten.

Diese Forderungen gilt es durchzusetzen für die Entwicklung inneren christlichen Lebens. Dazu ist äußerste Machtentfaltung der Mitglieder und Freunde der Kirche in unserer Provinz nötig. Darum die herzliche Bitte um sofortigen Anschluß (auch von Vereinen). Mitgliedsbeitrag 2 Mk. oder mehr. Meldungen sind zu richten an folgende Mitglieder vom

Arbeitsausschuß:

Stadtrat **Knust**, 1. Vorsitzender, Birkenallee 9,
Pastor **Münchmeyer**, 2. Vorsitzender, Augustastr. 23,
Buchhändler **Burmeister**, Schatzmeister, Elisabethstr. 53,
Konsul **W. Ahrens**, Pölitzerstr. 8, Frau Pastor **Bernhard**, Pölitzerstr. 33, Frau Geh.-Rat **Hempel**, Grabowerstr. 2, Frl. **Gertrud Hoppe**, Kronenhofstr. 19, Pastor Lic. **Jüngst**, Alte Falkenwalderstr. 5, Frau Major **v. Kritter**, Kaiser-Wilhelm-Str. 92, Kaufmann **Oskar Krüger**, Wiekenberg 16, Gymnasialdirektor Geh. Studienrat Prof. Dr. **Nietzke**, Deutschestr. 14, Pastor **Renner**, Pestalozzistr. 7, Frau **Clara Schlegel**, Falkenwalderstr. 52, Pastor **Schröder**, Kronprinzenstr. 30, Apotheker **Visbeck**, Luisenstr. 6–7, sämtlich in **Stettin**. Mitglieder aus der Provinz werden noch hinzugewählt.

Städtischer Fischverkauf.

Morgen, Sonntag, Verkauf für die Bezirke 13 und 14. Falls reichlich Fische eingehen, von 10 Uhr ab Verkauf auch für Bezirk 15.
Köslin, den 4. Januar 1919.
Der Magistrat.

Holzverteilung,

Montag, den 6. d. Mts., von 8 bis 9 Uhr Neuklenzerstraße, Neuetorvorstadt-Ausbau,
von 9–11 Uhr Neuetorstraße,
von 11–12 Uhr Mühlentor-Vorstadt-Ausbau.
Köslin, den 4. Januar 1919.
Der Magistrat.

Gebilde junge Dame

(Braut)
wünscht für 1. 2. für ca. 8 Wochen Aufnahme auf einem Gut oder Pfarrhaus, um sich im Kochen zu vervollkommnen. Gefl. Off. unter D. 90 an die Geschäftsst. d. Bl.

Schreibarbeiten

werden sauber ausgeführt mit Hand und Maschine, nach Stenogramm und Diktat.
Frau Margarete Dubau,
Mühlentorstr. 13, I.

Rechnungen
Mitteilungen
Quittungen
Aufklebe-Adressen

mit Begleitadressen
/ in Blocks /
hat vorrätig
„Fürstentumer Zeitung"
A.-G.

Deutschnationale Volkspartei.

Unsere Geschäftsstelle befindet sich Bergstraße 19, Fernruf 498. Anfragen sowie Beitrittserklärungen sind möglichst dorthin zu richten.

Deutschnationaler Volksverein Köslin.
Dr. Zubke,
Vorsitzender.

Deutsche Volkspartei.

Am Sonntag, 5. Januar, nachm. 3 Uhr beim Gastwirt Schulz
Steglin
Oeffentliche Volksversammlung.

Am Sonntag, 5. Januar, abends 6 Uhr beim Gastwirt Wunder
Maskow
Oeffentliche Volksversammlung.

Frauen und Männer, auch der benachbarten Ortschaften, sind herzlich eingeladen.

Nationalliberaler Verein Köslin.
Sachse. Hübner. Reinfeld. Manke.

Deutsche Volkspartei.

Am Montag, den 6. Januar, abends 6 Uhr, bei Gastwirt Pergande
Zewelin
Oeffentliche Volksversammlung.

Am Dienstag, dem 7. Januar, abends 6 Uhr bei Gastwirt Schneider
Altbelz.

Am Mittwoch, den 8. Januar, abends 7 Uhr, bei Gastwirt Pomplun
Alt-Banzin.

Nationalliberaler Verein Köslin.
Justizrat Sachse. Steuerinspektor Hübner. Bauerhofsbesitzer Reinfeld. Bauerhofsbesitzer Kath.

„Die Geschäftsstelle der deutschen Volkspartei
-- Bergstraße 13 --
ist mit dem heutigen Tage eröffnet. – Geschäftszeit von 10 bis 6 Uhr.

Die Beratungen für Lungenkranke

finden vom 6. Januar 1919 regelmäßig jeden Montag nachmittag um 5 Uhr im alten städtischen Krankenhause statt.

Moderne
Kneifer,
Brillen,
Lorgnons,
Ferngläser,
Thermometer,
Barometer,
Werner Fritz, Neuetorstr. 18.

Kathol. Männerverein Köslin.

Generalversammlung
6. Januar, abends 8 Uhr.
Kyffhäuser, Friedrichstraße 8.
1. Jahresberichte.
2. Vorstandswahl.
3. Geschichtlicher Vortrag über die Frankfurter Nationalversammlung vom Jahre 1848.

Bettnässer

erhalten Auskunft umsonst bei Alters- und Geschlechtsangabe.
Sanis-Versand München 327.

Dienstag, den 7. 1., 8½ h.
U. IV.

Evangelischer Arbeiterverein.

Die Mitglieder werden mit ihren Frauen zu einer **wichtigen Besprechung** zu Sonntag nachmittag 5 Uhr dringend eingeladen.
Der Vorstand.

Zahn-Praxis
M. Sonow, Dentist
Neuetorstr. 13, Eing. Papenstr.
Bin persönlich zu sprechen von 9–1 und 3–6 Uhr.

Bin unter meiner alten
Nr. 96
wieder an das Fernsprechnetz angeschlossen.
F. W. Zander,
Neuetorstraße 20,
Fahrräder und Automobile.

Wir empfehlen
Kalender für 1919

Blitzwochenkalender
mit Datumschieber, jeder Tag einzustellen,
an jedem Tag Platz für Notizen.
Preis M. 1.50

Vaterländische Volkskalender
von der konservativen Schriftenvertriebsstelle,
mit Wandkalender à M. –.50.
Zusendungsporto 15 Pfg. bezw. 5 Pfg. besonders.

„Fürstentumer Zeitung"
A.-G., Köslin.
Postscheck Danzig 1989.

Uebernehme
Hausschlachtungen, sowie Räuchern.
Fuhrwerk steht zur Verfügung.
Daselbst ein
Rollwagen zu verkaufen.
Brümmer, Kl. Baustr. 5.

Kyffhäuser-Technikum
Frankenhausen
Maschb.- u. Elektr.-Ing.-, Werkm.-Abt.
Dir. Prof. Huppert
Wiederhol. Kurse f. Kriegsteiln. Mitte Jan 1919.

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit,
:: Ohrgeräusch ::
nerv. Ohrschmerzen.
Glänzende Anerkennungen
Sanis-Versand München. 6261

Kleine Privatanzeigen der Fürstentumer Zeitung.

Arbeitsmarkt.

Deputatarbeiterfamilien

finden sofort oder später Stellung.
Dom. Parnow.

Für Köslin und Umgegend
tüchtige Aufkäufer für Kaninchen

gesucht. Zahle höchste Preise!
Carl Schiffmann, Rügenwalde,
Fabrik pommerscher Fleischwaren.

Knechte und Deputatarbeiterfamilien

mit Hofgängern
bei gutem Lohn gesucht.
v. Woedtke, Sydow, Kr. Schlawe.

Tüchtiger zuverl. Knecht

bei hohem Lohn sogleich gesucht.
Max Lüdtke, Mühlenbesitzer, Altbanzin.

Zwei Deputatfamilien

Zum 1. April 19 gesucht:
1 Kuhfütterer,

welcher mit eigenen Leuten das Melken zu übernehmen hat, zu 45 Milchkühen und 20–25 Stück Jungvieh, sowie einige
Arbeiterfamilien

mit Hofgängern.
Domäne Karzin
bei Brückenkrug,
Kreis Bublitz.

Ein älteres, zuverlässiges
Hausmädchen,

möglichst vom Lande, für sofort gesucht **Hohetorstraße 10.**

Zu baldigem Dienstantritt suche ich ein
Stubenmädchen
und ein
Küchenmädchen

aus christlich gesinnten Familien.
Frau von Wenden, Alt-Griebnitz.

Suche zum 1. Januar oder später eine tüchtige
Leuteköchin,

die Federvieh mit übernimmt.
Zeugnisabschriften einsenden.

Es werden gesucht:

Landarbeiterfamilien,
landw. Knechte,
„ Mädchen,
Kindergärtnerinnen 1. Kl.,
Aufwärterinnen,
Haus- und Stubenmädchen,
Buchhalterin.

Wir empfehlen:

Gärtner,
Wirtschafter,
kaufm. Angestellte,
Kellner u. Friseure,
Schlosser,
Bäcker,
Maurer und Zimmerleute,
Arbeiter,
Mamsell für Landhaushalt.
Arbeitsnachweis, Husarenstr. 1.

Kriegsentlassener, früherer
Landwirt,

unverh., vertraut mit allen landw. u. kaufm. Arbeiten, sucht passende Stellung. Angebote unter E 1987 an die Geschäftsst. d. Ztg. erbeten.

Tiermarkt.

Zwei starke
Arbeitspferde,

6–7 Zoll, verkauft

Braun. Wallach

(10 Jahre alt), schwer zugfest, steht preiswert zu verkaufen
Altbelz Nr. 1.

Ferkel

stehen zum Verkauf bei
R. Nimmer, Schwessin.

Wohnungen, Zimmer.

Für zwei stillebende Damen (Baltinnen)
2 bis 3 möblierte Zimmer,

mit oder ohne Pension, gesucht, womöglich im ersten Stock.
Angebote zu richten: **Schwedenstift, Baronin Tiesenhausen.**

Laden mit 1 Zimmer

und Keller zum 1. 2. 19, Quebbestraße 25, zu vermieten, evtl. auch als Wohnung. Näheres bei
W. Borth, Neuetorstr. 49.

Geschäftsräume

in günstiger Lage nahe Markt oder Bergstraße zu sofort oder später zu mieten gesucht. Angebote unter

Eine Wohnung

von 4 bis 5 Zimmern zum 1. 4 oder früher gesucht. Angebote unter A. 72 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Einige
Arbeiterwohnungen

zum 1. April frei. Eine kleine Wohnung, elektr. Licht u. Stallung sofort.
Mühlenwerke Nedlin.

Grundstücks- und Geldverkehr.

Fachmann sucht sofort mittlere
Mahl- und Schneidemühle

mit ausreichender Wasserkraft und Landwirtschaft zu kaufen oder größere in Pacht.
Wachholz, Wustrow bei Waldow in Pommern.

Schmiedegrundstück

mit 1½ Morg. Wiesen in **Rügenwalde**, von mir erbteilungshalber übernommen, will ich preiswert verkaufen.

Landhaus

mit Landwirtschaft
oder kleines Gut zu kaufen gesucht.
Härtel, Altdamm, Hubertus.

An- und Verkäufe.

Gebraucht. nasses Element

zu kaufen gesucht. Angebote unter F. 1988 an die Geschäftsstelle des Kösliner Volksblattes.

1 Rollwagen, 1 starker Ackerwagen

wird zu kaufen gesucht. Off. unter J. 93 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Verschiedenes.

20 Mark Belohnung

für den Nachweis einer 3 Zimmer-Wohnung zum 1. April oder früher, zahlbar bei Abschluß des Mietsvertrages.
Angebote unter H 92 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Solider Handwerker,

29 Jahre, aus dem Felde zurückgekehrt, sucht erbentliches Mädchen vom Lande zwecks späterer Heirat kennen zu lernen. Etwas Vermögen vorhanden. Zuschriften möglichst mit Bild unter G. 91 an